



# NEWSLETTER Christian Piwarz

April 2017

Ihr Landtagsabgeordneter im Dresdner Osten

## Liebe Leser,

es ist vollbracht: Wir haben in den letzten Monaten intensiv um das **neue Schulgesetz** gerungen und es schließlich im April im Sächsischen Landtag beschlossen.

Es ist aus meiner Sicht ein gutes Gesetz, welches das sächsische Bildungssystem weiter bringt und fit für die Anforderungen der Zukunft macht - keine Revolution, sondern eine Evolution. Ganz persönlich freue ich mich, dass ich dazu beitragen konnte, dass wir insbesondere in den finalen Beratungen, die sich allerdings auch über Wochen hingezogen haben, zu einem guten Ergebnis gekommen sind.

Die CDU-Landtagsfraktion hat in Ihrem **Magazin auf der Homepage** die neuen Regelungen zusammengestellt.

### Einige wichtige Änderungen im Überblick:

#### Planungssicherheit für Schulen und Kommunen

- Durch das Absenken der Mindestschülerzahlen sichern wir die Schulstandorte im ländlichen Raum.
- Die finanzielle Unterstützung des Freistaats für GTA wird gesetzlich verankert.
- Grundschulbezirke können nur mit Einverständnis der Kommunen geändert werden.

#### Eigenverantwortung der Schulen wird gestärkt

- Schulleiter können erstmals Schulgirokonten (z.B. für Gelder für Klassenfahrten) einrichten, die im Namen des Freistaats geführt werden sollen.
- Die Möglichkeit, die Studentafel innerhalb eines Schuljahres eigenverantwortlich auszugestalten, wird gesetzlich verankert.
- „Campus-Lösungen“ zur stärkeren Kooperation der Schulen werden gesetzlich verankert.
- Auf Grundlage eines klaren pädagogischen Kon-

### Weitere Themen dieser Ausgabe:

#### Aus dem Wahlkreis:

- Fördermittel für Kunstrasen in Laubegast
- Täter vom S-Bahnhalte Zschachwitz gehörten sofort hinter Gitter!

#### Aus dem Landtag:

- Generationengerechte Wohnraumförderung im Freistaat - Lebhaftige Debatte zur Dresdner Wohnungspolitik
- Neues Konzept für Naturschutzstationen
- Sicheres Sachsen – Konsequenzen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik 2016
- Nächster Schritt zur Digitalen Bildung
- Europäische Union braucht Reformdiskussion und starke Grenzregionen
- Atommüllendlager: Standortauswahlgesetz nachbessern - Sachsen nicht für DDR-Altlasten bestrafen!
- Kosten für die Energiewende müssen fair verteilt werden!
- Forschungslandschaft stärken - Europäisches Forschungsrahmenprogramm nutzen!

zepts können Oberschulen und Gymnasien die Möglichkeit erhalten, jahrgangsübergreifend zu unterrichten (außerhalb der Oberstufe und der Kernfächer), um die Durchlässigkeit zu erhöhen.

#### Behutsame Einführung inklusiver Beschulung

- Grundschulen, die freiwillig auf die vorschulische Diagnostik von „Lernen“ und „sozial-emotionale Entwicklung“ verzichten, erhalten ein verlässliches Budget, um beispielsweise unterrichtsunter-

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202  
Tel.: 0351 - 32 31 666  
www.christian-piwarz.de

I 01259 Dresden  
I Fax: 0351 - 451 031 55 20  
I christian.piwarz@slt-sachsen.de



stützende Fachkräfte zu engagieren.

- Der Landtag beschließt nach Bericht des Kultusministeriums 2022/23 über die Fortführung.
- Innerhalb eines Verbundes von Schulen soll für jeden Förderschwerpunkt ein Angebot für inklusiven Unterricht gemacht werden.

### Maßnahmepaket zur Stärkung der Oberschulen

- Aus Landesmitteln erhält jede Oberschule einen Praxisberater zur Stärkung der Berufs- und Studienorientierung.
- Etablierung von Fachleitern zur Entlastung der Schulleitung und Stärkung der individuellen Förderung
- Der Freistaat finanziert ab September 2018 an jeder Oberschule einen Schulsozialarbeiter.
- Außerdem wird weder der Hauptschulbildungsgang noch die Hauptschulabschlussprüfung abgeschafft.

## 627.000 Euro für den Dresdner Sport - Kunstrasen für Laubegast



Der sächsische Sportminister Markus Ulbig hat am 20. April gleich vier Fördermittelbescheide mit einer Höhe von insgesamt 627.000 Euro an die Stadt Dresden übergeben. Gut 1.400 Dresdner Sportler werden von den Investitionen in vier Kunstrasenplätze profitieren.

Persönlich freue ich mich besonders mit den anderen Mitgliedern des FV 06 Laubegast und ihren Gästen an Heimspieltagen, die bald wieder optimale Bedingungen an der Steirischen Straße haben werden. Mit 86.649 Euro beteiligt sich der Freistaat am Austausch des verschlissenen Kunstrasenbelags, zwei neuen

Großfeldtoren, vier neuen Jugendtoren sowie dem Einbau von zwei neuen Spielerkabinen.

Wie groß der Sanierungs- und Ausbaubedarf an Sportstätten auch im Dresdner Osten ist, habe ich gerade diese Woche erst vor Ort wieder erlebt. Aber auch mit welchem Engagement Ehrenamtliche ihre Projekte voranbringen. Die CDU in Sachsen war bisher ein verlässlicher Partner für den Sport und wir werden das auch bleiben. Insgesamt haben wir über den Haushalt des Freistaates Sachsen in den letzten 5 Jahren 11 Mio. Euro in die Dresdner Sportstätten investiert. Auch für 2017/2018 haben die Regierungsfractionen die Investitionsmittel für die sächsischen Sportstätten noch einmal aufgestockt und nunmehr 22,3 Mio. bzw. 22,5 Mio. Euro bereitgestellt.

Außerdem fördert der Freistaat Sachsen Kunstrasenplätze an der Saalhausener Straße 30 in Naußlitz, der Oskar-Röder-Straße 4a in Seidnitz, und der Stuttgarter Straße 41 in Coschütz / Gittersee. ▽

## Mutmaßliche Täter vom S-Bahnhaltepunkt Zschachwitz gehörten sofort hinter Gitter!

*Zwei betrunkene Männer attackieren einen Mann am S-Bahn-Haltepunkt Zschachwitz und stoßen ihn auf die Gleise. Die polizeibekanntes Asylbewerber werfen das Fahrrad des Opfers auf ihn und verhindern damit und mit Tritten, dass er wieder auf den Bahnsteig kommt. Gleichzeitig nähert sich eine S-Bahn – das Opfer erlebt Todesängste. Nur die schnelle Reaktion des Zugführers, der eine Notbremsung einleitet, verhindert schlimmeres. - So wurde der Tathergang in der Presse beschrieben.*

Für mich war und ist es unverständlich, dass beide Tatverdächtige nach Feststellung durch die Polizei umgehend wieder auf freiem Fuß kamen. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat zu dem Zeitpunkt keinen Haftbefehl für die Untersuchungshaft beantragt. Der entsprechende Aufschrei in der Öffentlichkeit war, vor allem in Ansehung der Schilderungen des Tathergangs in der Presse, groß. Auch Justiz und Staatsanwaltschaft agieren in der Öffentlichkeit und müssen ihr Handeln rechtfertigen und sich vorgetragener Kritik stellen.

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202  
Tel.: 0351 - 32 31 666  
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden  
| Fax: 0351 - 451 031 55 20  
| christian.piwarz@slt-sachsen.de





Meine Auffassung und mein Unverständnis habe ich deutlich zum Ausdruck gebracht. Wer so handelt wie die beiden Tatverdächtigen hat mindestens eine schwere und in der Folge tödliche Verletzung des Opfers zumindest billigend in Kauf genommen. Damit liegt die Annahme eines Tötungsvorsatzes nahe, der wiederum in der damit verbundenen Strafdrohung einen Haftgrund rechtfertigt.

Ich bin froh, dass die Staatsanwaltschaft Dresden, möglicherweise durch die Diskussion in der Öffentlichkeit und durch entsprechende Anregungen der Generalstaatsanwaltschaft ihre Rechtsauffassung geändert und Haftbefehl beantragt hat. Dieser Haftbefehl wurde durch einen Richter auch umgehend erlassen und die Verdächtigen befinden sich in Untersuchungshaft. Nunmehr ist es an einem Gericht, über die Höhe der Strafe zu befinden.

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat ihre offenkundige Fehlentscheidung korrigiert. Ich hoffe sehr, dass damit das möglicherweise verloren gegangene Vertrauen zahlreicher Bürger in die Wirksamkeit der Rechtsverfolgung wieder hergestellt wird. Unsere Erwartungen an das weitere Verfahren bringt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Martin Modschiedler auf den Punkt: „Ich erwarte jetzt saubere Ermittlungsarbeit, ein zügiges Gerichtsverfahren und wenn es zu einer Verurteilung kommt auch eine konsequente Abschiebung der Asylbewerber.“ ▴

## Neues aus dem Landtag - April 2017

### „Familien in Sachsen – für eine generationengerechte Wohnraumförderung im Freistaat“

- Lebhaftige Debatte zur Dresdner Wohnungspolitik

Wohnraum ist immer mal wieder Stoff für leidenschaftliche Diskussionen in und außerhalb der Plenarräume. Anlass war diesmal die Aktuelle Debatte zur generationengerechten Wohnraumförderung des Freistaates Sachsen auf Initiative der Koalitionsfraktionen.

Gemeinsam hatten sich die beiden Fraktionen verständigt, den Anteil an selbstgenutzten Wohneigentum weiter zu erhöhen und den Erwerb zu fördern. „Die Förderung junger Familien mit Kindern ist ein Kernelement der Wohnungsförderung in Sachsen. Auch der altersgerechte Umbau von Wohnungen wird in Zukunft stärker in den Fokus rücken, damit es den Menschen ermöglicht wird, solange als möglich in ihrer vertrauten Wohnumgebung zu bleiben“, umreißt der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Oliver Fritzsche die Zielstellung der sächsischen Wohnraumförderung.

Unser Fokus liegt dabei vor allem auf einem neuen Förderprogramm, das zinsgünstige Darlehen zur Schaffung privat genutzten Wohnraums gewährt. Seit Mitte März 2017 können junge Familien mit Kindern bei der Sächsischen Aufbaubank einen Kredit (0,75 Prozent pro Jahr, auf 25 Jahre festgeschrieben) beantragen, wenn sie ein Eigenheim oder eine Eigentumswohnung erwerben, bauen oder sanieren wollen. Die maximale Höhe des Darlehens orientiert sich dabei an der Anzahl der Kinder. Außerdem soll der Wohnraum vom Vermieter alters- und behindertengerecht gestaltet werden, damit Menschen möglichst lange und selbstständig in den eigenen vier Wänden leben können. Daher fördern wir modellhaft den Umbau von Plattenbauten durch die Schaffung von Barrierefreiheit in Haus und Wohnung.

Durch den Beschluss des letzten Doppelhaushalts, der die Kofinanzierung durch den Freistaat gewährleistet, werden die vom Bund für Wohnungsbau zur Verfügung gestellten Mittel vollständig an

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202  
Tel.: 0351 - 32 31 666  
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden  
| Fax: 0351 - 451 031 55 20  
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



die Kommunen zur bedarfsgerechten Schaffung von Sozialwohnungen ausgereicht.

Sozialer Wohnungsbau ist gerade in Dresden ein heiß diskutiertes Thema. Der Vorsitzende der Fraktion Die LINKE im Stadtrat nutzte die Gelegenheit als Abgeordneter aber nicht, sich für die Millionen zu bedanken, die nach Dresden fließen. Patrick Schreiber entlarvte den populistischen Schall von kapitalistischen Heuschrecken, Miethaie und 25 Jahre verfehlte CDU-Politik, die Wohnraum unbezahlbar gemacht hätten: 9 Euro Kaltmiete mit Balkon oder Terrasse und einem zweiten Bad bei über 4 Personen sind eben kein sozialer Wohnungsbau! Auch in Dresden bestehe Leerstand, beispielsweise in Prohlis und Reick von über 5 Prozent. Würden in Dresden nicht ununterbrochen private Investoren am Bau von Wohnungen be- oder gar ganz gehindert, könnte sich auch der Mietmarkt entspannen.

### SPD, CDU, GRÜNE legen neues Konzept für Naturschutzstationen vor

Im Haushalt 2017/2018 haben wir jährlich erstmals 1,5 Mio. Euro explizit für die Naturschutzstationen bereitgestellt, um ihre wichtige Arbeit für den Naturschutz in allen Facetten im gesamten Freistaat langfristig zu verankern. Wie die Mittel genau an die Vereine vergeben werden, welche Kriterien und Anforderungen daran geknüpft werden, haben SPD und CDU, gemeinsam mit der Fraktion die GRÜNEN, in einem ‚Umsetzungskonzept sächsischer Naturschutzstationen‘ präzisiert und im Landtag verabschiedet. Die zuständigen Landratsämter erhalten damit klare Handlungskriterien nach denen sie die finanziellen Mittel in ihren Regionen verteilen sollen:



1. Wird definiert, was Naturschutzarbeit alles beinhaltet;
2. werden Mindeststandards festgeschrieben;
3. Abwägungskriterien definiert, die eine nachhaltige Verwendung und Bildungsarbeit in den Mittelpunkt stellen.

Aufsicht darüber erhält die Landesstiftung Natur und Umwelt (LaNU). Diese Steuerung ermöglicht eine unbürokratische Kontrolle der staatlichen Unterstützung.

Ein weiterer uns wichtiger Punkt aus dem Koalitionsvertrag ist mit breiter Unterstützung ein Garant für eine optimale Umsetzung. „Eine Besserstellung und Weiterentwicklung der Naturschutzstationen ist zwingend notwendig“ für den umweltpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Jan Hippold. Er wies aber darauf hin, dass die Stationen bisher auskömmlich finanziert waren. Der entscheidende Unterschied besteht darin, dass die Finanzierung bisher über eine Projektförderung für feste Zeiträume erfolgte. Jetzt ist für die Naturschutzarbeit vor Ort mehr Kontinuität und Planungssicherheit geschaffen. Gerade personelle Strukturen können so einfacher etabliert werden.

### „Sicheres Sachsen – Konsequenzen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik 2016“

Am 29. März 2017 hat Staatsminister Markus Ulbig die Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2016 vorgestellt. In der Aktuellen Debatte haben die Koalitionsfraktionen dieses Thema auf die Tagesordnung gesetzt.

Das Positive zu erst: in ganz Sachsen gingen 2016 erneut die Fahrzeugdiebstähle zurück. Dies zeigt, die Maßnahmen der Polizei wirken. Auch der erneute Rückgang der Grenzkriminalität bestätigt, dass die verstärkte Präsenz der Polizei in den Grenzregionen in gemeinsamer Kooperation mit den Ermittlungsbehörden aus Polen und der Tschechischen Republik ihre Wirkung nicht verfehlen.

Besorgniserregend ist hingegen die Entwicklung im Bereich der Diebstahlskriminalität: „Die weiter anwachsende Zahl von Diebstählen in und aus Boden-, Kellerräumen und Waschküchen und von Fahrrädern sowie die erneut höhere Anzahl

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202  
Tel.: 0351 - 32 31 666  
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden  
| Fax: 0351 - 451 031 55 20  
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



von Wohnungseinbrüchen sind beunruhigend.“, so Christian Hartmann, innenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Leipzig steht hier mit mehr als 250 Einbruchsdiebstählen pro 100.000 Einwohner an der Spitze.

In der Debatte forderte die CDU-Fraktion eine Koordinierungsstelle beim Landeskriminalamt, die den intensiven Informationsaustausch zwischen dem Bundes- und den einzelnen Landeskriminalämtern sicherstellt, um das Problem der Wohnungseinbrüche in den Griff zu bekommen. Nur so können länderübergreifend Informationen gesammelt, abgeglichen und ausgewertet werden, um Bandenstrukturen besser erkennen und Ermittlungen gezielter koordinieren zu können. „Es braucht ein gemeinsames Vorgehen mit den anderen Bundesländern, weil man einer international organisierten Kriminalitätsstruktur nicht mit lokalen Polizeistrukturen entgegentreten kann“, begründet Hartmann.

Auch der erneute Anstieg der Gewaltkriminalität ist eine Entwicklung, die nicht hinnehmbar sei. Allein im Bereich der gefährlichen und schweren Körperverletzung liegt die Zahl mit 5.995 Fällen deutlich über denen der Vorjahre. Es gilt zu analysieren, wie und in welchem Rahmen es zu diesen Gewaltdelikten kommt, um effektiver und möglichst präventiv seitens der Polizei auf solche Situationen reagieren zu können.

„Eine Gruppe muss dabei zukünftig besonders im Fokus stehen: Zuwanderer.“, so Hartmann. „Die Zahl der Körperverletzungsdelikte hat sich in dieser Tätergruppe fast verdoppelt. Auffällig ist, dass wie auch schon im Jahr 2015 die sogenannten Mehrfach- und Intensivstraftäter (MITAS) für die erhebliche Zahl aller Delikte (38 Prozent) verantwortlich sind. Dabei macht diese Gruppe gerade einmal 1,1 Prozent aller Zuwanderer aus. Ich fordere eine ‚Null-Toleranz-Strategie‘ von unserer Polizei und den Gerichten. Vor allem Wiederholungstäter müssen schnell ermittelt und hart bestraft werden. Wer sich nicht an Recht und

„Internationaler  
Terrorismus  
lässt sich nicht mit  
der Friedenstaube in  
der Hand bekämpfen!“

Christian  
Hartmann

Innenpolitischer  
Sprecher



Gesetz halten mag, der muss unser Land wieder verlassen.“ Die Zahlen bestätigen auch, dass Sachsen ein Problem mit Rechtsextremismus hat. Die Zusammenführung des Operativen Abwehrzentrums (OAZ) mit dem Landeskriminalamt (LKA) ist eine richtige Entscheidung.

Generell müssen die Eingriffsbefugnisse und die Einsatzmittel der Polizei weiter gestärkt werden. „Dafür wird sich die CDU-Landtagsfraktion in den nächsten Wochen stark machen“, versprach

Hartmann und forderte die anderen Fraktionen auf, sie sollten „zur Kenntnis nehmen, dass der internationale Terrorismus so, wie er agiert, mit der Friedenstaube in der Hand nicht zu bekämpfen sein wird.“

### Nächster Schritt zur Digitalen Bildung

Das Schulgesetz wurde gerade verabschiedet und das wichtige Thema: Schüler, Schule und Lehrer auf die Anforderungen der digitalen Welt vorzubereiten bereits im Gesetz implementiert. Mit dem Antrag der beiden Koalitionsfraktionen untersetzen wir dies inhaltlich weiter.

„Zukunftsfähigkeit im digitalen Zeitalter braucht solide Grundlagen. Jetzt benötigen wir dafür u.a. passende pädagogische Konzepte, intelligente Lernmaterialien und Lehrkräfte, die wissen, wie man damit umgeht.“, begründet CDU-Bildungspolitiker Steve Ittershagen den Antrag. Die Staatsregierung wird darin beauftragt ein Konzept für die Medienbildung aller Akteure zu erarbeiten. Dafür sollen alle Unterrichtsfächer neben Informatik auf ihre Entwicklungspotentiale zur Entwicklung der digitalen Bildung untersucht werden.

Zusätzlich sollen die Fortbildungen auf diesem Gebiet ausgebaut, die Ausstattung aller Lehrkräfte mit einheitlichen E-Mail-Adressen eingeführt, der Aufbau eines externen Netzwerkes forciert, ein Datenschutzsystem entwickelt, der Informatikunterricht gestärkt und das Breitbandnetz an Schulen ausgebaut werden. ▽

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202  
Tel.: 0351 - 32 31 666  
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden  
| Fax: 0351 - 451 031 55 20  
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



**CDU**

DIE SÄCHSISCHE UNION

## Neues aus dem Landtag - März 2017

### Mobilität für Sachsen: bezahlbar, verlässlich, innovativ

Die 50. Plenarsitzung des Sächsischen Landtages begann mit einer Fachregierungserklärung zur Mobilität in Sachsen und anschließender Debatte der Fraktionen über die Zielstellungen sächsischer Verkehrspolitik. Mit Blick auf die letzten Jahrzehnte zog der zuständige Fachminister, Martin Dulig erstmal eine positive Bilanz: Der Freistaat habe seine Hausaufgaben gemacht: für eine bezahlbare, verlässliche und innovative Mobilität auf vielen Gebieten Ideen angestoßen, Finanzmittel investiert und Förderprogramme aufgelegt.

Ob in der Stadt oder im Landkreisraum - Mobilität nachhaltig und ökologisch erhalten und gestalten, ist eine unserer großen Herausforderungen, das umfasst sowohl den Individualverkehr sowie den öffentlichen Personennah- und Fernverkehr. Sachsen finanziert zahlreiche Projekte in den Bereichen intelligente Verkehrssysteme, vernetzte Mobilität, automatisiertes Autofahren oder stellt über ein eigenes landesweites Radverkehrskonzept Mittel für den Bau von 545 km Radweg bereit. In Bezug auf den Schienenverkehr ist es gelungen, wichtige Strecken im Bundesverkehrswegeplan unterzubringen. Sachsen hat hier seine Hausaufgaben gemacht, nun muss auch der Bund die Umsetzung zügig angehen, mahnt der Minister. Das betrifft beispielsweise die Elektrifizierung der Strecke Dresden - Görlitz.

In einem bedarfsgerechten und modernen ÖPNV sieht der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Andreas Nowak einen zentralen Baustein für die Mobilität der Zukunft. Denn in den großen Städten wohnen immer mehr Menschen. Um die Verkehrsströme zu bewältigen, braucht es einen leistungsfähigen ÖPNV. Auf dem Land müssen wir die Grundversorgung sichern. Statt großer Buse mit vielen Plätzen heißer Luft mit starren Linienführungen könnte der ÖPNV in kleineren Systemen individuell nach Bedarf die

Bürger vielleicht auch von zu Hause abholen. Das Schlüsselwort für diese Zukunftsvision im ländlichen Raum ist das autonome Fahren. Um solche Zukunftsvisionen Wirklichkeit werden zu lassen, müssen Gesetze angepasst und ethische sowie versicherungstechnische Fragen geklärt werden. Mit der Regierung haben wir eine Strategiekommision gegründet, um diese Zukunftsfragen anzugehen.

Allein im laufenden Doppelhaushalt stehen den kommunalen Nahverkehrs-Zweckverbänden jährlich rund 450 Millionen Euro zur Verfügung. Seit 2013 ist das ein Mittelanstieg von 17,4 Prozent. ▴

### Europäische Union braucht Reformdiskussion und starke Grenzregionen

Am 25. März 1957 unterzeichnete die Bundesrepublik Deutschland mit vier weiteren europäischen Staaten die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft. Diese Geburtsstunde der Europäischen Zusammenarbeit vor 60 Jahren war für die Koalitionsfraktionen Anlass für eine aktuelle Debatte.

„Das bevorstehende Jubiläum rückt Europa verstärkt in den Fokus der gesellschaftlichen Diskussion. Wir haben die Möglichkeit, auf das Fundament und die Leistungen der EU als Solidargemeinschaft zurückzublicken. Wir müssen mit den Bürgern aber auch intensiver in eine Reformdiskussion einsteigen. Das ist notwendig, denn die EU hat sich in den vergangenen Jahren zu weit von den Menschen entfernt.“, fasste Marko Schiemann, europapolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, die Bedeutung und die aktuelle Herausforderung der Europäischen Union zusammen. Der Glaube an die Europäische Solidargemeinschaft wurde durch die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie der Flüchtlingskrise erschüttert. Weitere große Herausforderungen zeichnen sich ab: So wird erstmals mit Großbritannien ein Mitgliedsstaat die Europäische Union verlassen.

Die CDU ist überzeugt, dass Europa für alle Europäischen Staaten ein Erfolgs- und Zukunftsmodell ist. Die EU muss ihre politische Handlungsfähigkeit

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202  
Tel.: 0351 - 32 31 666  
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden  
| Fax: 0351 - 451 031 55 20  
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



zurückgewinnen: geeint und stark nach außen, transparent und bürgernah nach innen.

Gerade Sachsen muss sich nach Ansicht Marko Schiemanns lautstark zu Wort melden: „Denn Fakt ist: Mit unseren Nachbarländern Tschechien und Polen repräsentieren wir eine starke Region und sind mit unserer positiven Entwicklung Beispielgebend für ganz Europa! Für mich sind starke Grenzregionen und eine gute Zusammenarbeit deshalb das beste Fundament, um eine weitere Zentralisierung in Europa zu verhindern.“ Es braucht eine starke Zusammenarbeit wo nötig, aber mehr Eigenverantwortung wo möglich. ▲

### Atommüllendlager: Standortauswahlgesetz nachbesser! Sachsen nicht für DDR-Altlasten bestrafen!

In der aktuellen Debatte haben die Koalitionsfraktionen eine Änderung der Auswahlkriterien für ein Atommüllendlager gefordert. Im März soll der Bundesrat die Novellierung des „Standortauswahlgesetzes“ beschließen. Der politische Wunsch, möglichst viele Standorte in Deutschland erkunden zu können, hat die Bundesregierung bewogen, bei kristallinen Gesteinen die Mindestanforderung an die Mächtigkeit der geologischen Barriere zu senken. Damit kommt auch Granitgestein im Erzgebirge, nördlich von Chemnitz und Teile der Lausitz für die Standortsuche in Betracht.

Die CDU-Fraktion hat sich in der hitzigen Debatte - anders als vor allem LINKE und Grüne - klar gegen diese wissenschaftlich nicht begründbare Sonderregelung ausgesprochen: Bei Fragen der Sicherheit darf es keine Abstriche geben! Der radioaktive Müll muss nach rein wissenschaftlichen Kriterien gelagert werden. Das heißt, Salz und Ton müssen Vorrang vor Granit haben.

Unsere Vize-Fraktionsvorsitzende Ines Springer MdL forderte außerdem die Auf-

hebung des Exportverbotes. Diese Regelungen müssen gestrichen und der Transport der ehemaligen Brennstäbe aus Rossendorf nach Russland endlich zugelassen werden. Sachsen wird hier für DDR-Altlasten alleinig bestraft. Aus unserer Sicht muss der Bund, wenn er durch seine Entscheidungen Exporte des sächsischen Kernbrennstoffes verbietet oder unterbindet, mindestens auch die finanziellen Folgen für den Freistaat ausgleichen.

### Kosten für die Energiewende müssen fair verteilt werden!

Aktuell zahlen die Sachsen und die Bürger in den anderen ostdeutschen Bundesländern am meisten für die Netzentgelte. Wir fordern, dass diese neu geregelt wird, dafür haben die Koalitionsfraktionen einen Prioritätenantrag eingebracht. Der Sächsische Landtag macht damit Druck auf die Bundesebene, eine Reduzierung und Vereinheitlichung der Stromnetzentgelte noch vor der Bundestagswahl zu verabschieden.

Der Aufholprozess beim Ausbau der Stromnetze ist in Ostdeutschland getrieben durch die Energiewende. Hier müssen besonders die Stromnetze auf die neuen Anforderungen angepasst werden, neue Wind- und Solaranlagen werden an das Netz angeschlossen. Die Kosten für diese Investitionen werden auf die Verbraucher umgelegt. Konkret bedeutet das, für eine drei- bis vierköpfige Familie sind derzeit – in den Bereichen des erhöhten Netzentgeltes – bei einem Verbrauch von 4000 Kilowattstunden im Schnitt jährlich 1149 Euro für Stromkosten fällig. In den Bereichen mit niedrigerem Netzentgelt sind es nur 1104 Euro für die Verbraucher.

Um rund 50 Prozent haben sich im vergangenen Jahr die Preisdifferenzen zwischen den unterschiedlichen Versorgungsgebieten erhöht. Daher fordert der CDU-Energieexperte, Lars Rohwer MdL: „Innerhalb Deutschlands sind schon heute die wirtschaftlichen Wettbewerbsparameter verzerrt. Dies ist für die ost-



»Mit dem **Atomausstieg** muss die **Endlagerung** von hochradioaktiven Abfällen gelöst werden – aber **nicht auf Kosten von Sachsen!**«

Ronny Wähler | Umweltpolitiker

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202  
Tel.: 0351 - 32 31 666  
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden  
| Fax: 0351 - 451 031 55 20  
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



deutschen Länder nicht weiter hinnehmbar. Wir brauchen die Einführung eines deutschlandweit einheitlichen Übertragungsnetzentgelts noch vor der Bundestagswahl!"

### Antrag zur Verzahnung der Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung

Der Sächsische Landtag beauftragte die Staatsregierung ein Konzept für die engere Verzahnung von Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung zu erarbeiten. Die Regierungsfractionen griffen in ihrem Antrag einen Hinweis der kommunalen Spitzen- und freien Wohlfahrtverbände auf: Schuldner- und Insolvenzberatung sollten eine Einheit darstellen, deren Synergien durch die bestehenden Strukturen aber nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden.

Die Schuldnerberatung dient der psychosozialen Arbeit. Diese umfasst die Beratung und Unterstützung bei der Lösung von finanziellen und persönlichen Problemen des Schuldners. Zuständig für die Beratung wie Finanzierung sind die Landkreise und kreisfreien Städte bzw. die Agenturen für Arbeit.

Die Insolvenzberatung hingegen dient der eingehenden Prüfung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse des Schuldners sowie der Durchführung eines außergerichtlichen Einigungsversuches, mit dem eine vorgerichtliche Einigung mit dem Gläubiger angestrebt wird. Die Sicherstellung der Insolvenzberatung ist Aufgabe des Freistaates Sachsen. Beide Beratungen werden in der Regel ausgeschrieben und von freien, gemeinnützigen Trägern übernommen. Faktisch werden so in den Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen die Schuldner in beiden Verfahren oft von der gleichen Person betreut. Daher soll seitens der Staatsregierung im Zusammenwirken mit den beteiligten Akteuren eine Konzeption erarbeitet werden, um die Synergien stärker zu nutzen. So sollen Doppelverfahren und damit unnötige Kosten zukünftig vermieden werden. Bereits ab 2019 soll das Konzept in der Förderrichtlinie der Verbraucherinsolvenzberatung berücksichtigt werden.

#### Bildnachweise:

„Übergabe Fördermittelbescheide“ - Heike Ahnert, 2017.  
Themenbilder - CDU Fraktion im  
Sächsischen Landtag, 2017.

### Forschungslandschaft stärken - Europäisches Forschungsrahmenprogramm nutzen!

Der Sächsische Landtag hat für den CDU/SPD-Antrag „Teilnahme des Freistaats Sachsen am Europäischen Forschungsrahmenprogramm ‚Horizont 2020‘ weiter stärken“, votiert. Unser Ziel ist es die sächsischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen zu motivieren und stärker zu unterstützen, um europäische Fördermöglichkeiten noch intensiver zu nutzen.

Der CDU-Hochschulpolitiker, Stephan Meyer MdL, sieht Sachsen auf einem guten Weg, aber auch noch Luft nach oben. „Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, mögliche Antragsteller über Fördermöglichkeiten besser zu informieren, die Vernetzung sächsischer Forscher untereinander und auf europäischer Ebene stärker zu befördern und sich für die neue Förderperiode für eine möglichst hohe Mittelausstattung – mindestens in gleicher Höhe – einzusetzen.“

Tatsächlich steht Sachsen bereits gut dar: Erst vor einem Jahr hatte das Sächsische Wirtschaftsministerium für 2015 einen Rekord hinsichtlich der Zahl geförderter Technologieprojekte (557) und des Umfangs der Förderung (110 Mio. Euro) bekannt gegeben. Nun liegen die Daten des Jahres 2016 vor – und sie übertreffen die Rekordzahlen des Vorjahres noch einmal deutlich: 643 geförderte Projekte und über 150 Mio. Euro Fördersumme innerhalb eines Kalenderjahres hat es in der Geschichte des Freistaates Sachsen nie zuvor gegeben. Die exzellente und international sichtbare Wissenschaftslandschaft wollen wir als CDU weiter stärken und geben mit diesem Antrag einen klaren Auftrag an die Staatsregierung. ▴

#### Termine meiner Bürgersprechstunden:

**02.05.2017, 16-18 Uhr**

Ortsamt Prohlis, Bürgersaal  
Prohliser Allee 10, 01239 Dresden

**31.05.2017, 16-18 Uhr**

Ortsamt Loschwitz, Bürgersaal  
Grundstraße 3, 01326 Dresden

sowie nach Vereinbarung

Christian Piwarz MdL

Pirnaer Landstraße 202  
Tel.: 0351 - 32 31 666  
www.christian-piwarz.de

| 01259 Dresden  
| Fax: 0351 - 451 031 55 20  
| christian.piwarz@slt-sachsen.de



**CDU**

DIE SÄCHSISCHE UNION